Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2439

26. 09. 95

Antrag

der Abgeordneten Andrea Lederer, Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Willibald Jacob, Steffen Tippach, Manfred Müller (Berlin), Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Neue europäische Friedensordnung und deutsch-französische Nuklearkooperation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Eine künftige europäische Friedensordnung macht einen Paradigmenwechsel von militärisch orientierter Logik zu einer zivilen Orientierung auf nichtmilitärische Konfliktregulierung notwendig. Dies erfordert, ausschließlich politische, wirtschaftliche, soziale und humanitäre Mittel und Methoden der Konfliktprävention und Konfliktbewältigung zum Ausgangspunkt in der Außen- und Sicherheitspolitik zu machen. Auf europäischer und nationaler Ebene ist ein entsprechendes Instrumentarium auf- und auszubauen und sind die notwendigen finanziellen Mittel durch Umwidmung aus dem militärischen Bereich bereitzustellen.

   Krieg und Militärgewalt sind mit zivilisatorischer Entwicklung unvereinbar. Sie haben verheerende Folgen für Menschen, Lebensgrundlagen und Ressourcen und sind keine legitimen Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

2. Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit erfordern einen Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, des Abbaus von Streitkräften und der Konversion. Dies erfordert die Reduzierung und Transformierung der nationalen Streitkräfte. Ziel muß die schrittweise Überwindung des militärischen Gewaltmonopols der Einzelstaaten durch Abgabe von sicherheitspolitischen Souveränitätsrechten an demokratisch legitimierte, rechtlich kontrollierte und kollektiv organisierte Institutionen in Europa sein.

   Notwendig ist ein neuer Vertrag über Abrüstung bei den konventionellen Streitkräften, der drastische Einschnitte bei den Armeen, Waffensystemen und Rüstungsetats bringt und auf die Beendigung der qualitativen Rüstungsmodernisierung gerichtet ist. Nationale und multilaterale Konversionsprogramme sind gleichzeitig erforderliche Schritte. Ohne Kontrolle der Rüstungsexporte und ein schließliches Verbot ist eine europäische Friedensstruktur nicht denkbar.

3. Eine europäische Friedensarchitektur kann nur auf ABC-Waffenfreiheit beruhen. Dies verlangt die sofortige Einstellung aller Kernwaffentests, den Abschluß eines generellen Teststoppabkommens in kürzester Zeit, die Weiterführung des nuklearen Abrüstungsprozesses der USA und Rußlands bei sofortiger Ausdehnung dieses Prozesses auf die europäischen Kernwaffenmächte und China, die Aufgabe der nuklearen Abschreckungsdoktrin und den Abzug aller nuklearen Waffen aus Europa. Eine nukleare Komponente einer künftigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und eine darin eingeschlossene deutsche Teilhabe – sei es über eine französisch-deutsche Nuklearoption oder über eine andere Form – widerspricht der Herausbildung einer gesamteuropäischen neuen Friedensordnung.

   Dies vor allem aus folgenden Gründen:

   - Eine militärische Komponente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist überflüssig und wäre gefährlich. Auf sie ist grundsätzlich zu verzichten.

   - Mit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas, die sich auf die nuklearen Potentiale Großbritanniens und Frankreichs stützen soll, würde die Existenz der Kernwaffen und die Politik der nuklearen Abschreckung auf lange Sicht aufrechterhalten; konsequente nukleare Abrüstung würde blockiert.

   - Wenn das künftige Europa am Kernwaffenbesitz festhält, werden sich auch andere Staaten bzw. Staatengruppen nicht davon abbringen lassen, Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. zu erwerben; der eben erst unbefristet verlängerte Nichtverbreitungsvertrag würde mehr und mehr ausgehöhlt.

   - Die Fortsetzung nuklearer Großmacht- und Abschreckungspolitik trägt zur Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen bei; dies wiederum wird bereits heute zur Rechtfertigung neuer, gigantischer Rüstungsprogramme genutzt. Gegen die drohenden Proliferationsrisiken sollen Raketenabwehrsysteme entwickelt werden, die Atomwaffen sollen im Rahmen der sog. Counterproliferations-Strategien neue Funktionen erhalten. Auf diese Weise gibt es kein Entrinnen aus dem Teufelskreis immer neuer Atomrüstung.

   - Es ist obsolet, Sicherheit durch Atomwaffen garantieren zu wollen. Es gibt keine Bedrohung, der durch Kernwaffen zu begegnen ist. Der Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen würde das zerstören, was geschützt werden soll. Es sind diese Waffen selbst, die äußerst bedrohlich sind.

   - Die Aufrechterhaltung des Atomwaffenmonopols Großbritanniens und Frankreichs verträgt sich nicht

mit der zu entwickelnden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union. Die GASP muß auf der Gleichberechtigung aller Teilnehmer fußen. Eine deutsch-französische Nuklearliaison würde die Bedenken vieler Mitglieder der EU vor einem übermächtigen „Kerneuropa" nur noch verstärken.

- Die Herausbildung eines auch atomar bewaffneten Militärblocks in Westeuropa wäre die falsche Antwort auf zunehmende globale Risiken. Sie verschärft sie statt dessen, weil sie den Blick auf militärische Interventions„lösungen" verengt und weil dadurch dringend benötigte Ressourcen vergeudet werden.

4. Für die Herausbildung einer europäischen Friedensarchitektur ist nur ein gesamteuropäischer Ansatz erfolgversprechend, der auf zivile sicherheitsbildende Strukturen für alle europäischen Staaten gerichtet ist.

   Das bedeutet:

   - Beteiligung aller OSZE-Staaten,
   - gemeinsame, gleiche Sicherheit mit für alle Staaten verbindlichen Sicherheitsgarantien,
   - Gleichberechtigung, Mitentscheidung, demokratischer Umgang miteinander, Partnerschaft statt Staaten erster und zweiter Klasse, Verzicht auf einseitige Blockbildungen von Staaten und Staatengruppen,
   - Beachtung der unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und Solidarverhältnis stärkerer und größerer gegenüber kleinen und schwächeren Staaten,
   - Ablehnung hierarchischer und Vormundschaftsstrukturen und Verhaltensweisen.

   Nicht Sicherheit vor, sondern mit Rußland ist die Alternative. Europäische Sicherheit ist nur unter gleichberechtigtem Einschluß Rußlands, nicht durch irgendwie geartete Ausgrenzung oder Isolierung (z. B. NATO-Ausdehnung bis an russische Grenzen) zu erreichen.

   Aus allen diesen Gründen ist die OSZE die am besten geeignete Grundstruktur einer neuen europäischen Friedensordnung.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. den verbindlichen Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf jegliche nukleare Teilhabe zu erklären, entsprechende Schritte zum Ausstieg daraus im Rahmen der NATO einzuleiten, sich für die sorgsame Pflege der deutsch-französischen Freundschaft einzusetzen, aber den Plänen einer französisch-deutschen Atomwaffenoption – gleich in welcher Form – eine klare Absage zu erteilen;

2. gestützt auf den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland die völlige Abrüstung der Atomwaffen in Europa anzustreben, die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens zu drängen, die Modernisierung ihrer Atomwaffen sofort zu stoppen, mit deren Reduzierung zu beginnen und sich an Verhandlungen über die allgemeine nukleare Abrüstung zu beteiligen; das schließt den Abzug der noch auf deutschem Territorium befindlichen Atomwaffen ein;

3. sich dafür einzusetzen, daß der Verzicht auf Besitz, Produktion und Verbreitung von ABC-Waffen im EU-Vertrag festgeschrieben wird;

4. bereits im Vorfeld der Maastricht-II-Konferenz klarzustellen, daß eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und atomare Abschreckung unvereinbar sind;

5. ihren Einfluß geltend zu machen, damit die GASP sich an folgenden Zielen orientiert:

   - Zivilisierung der internationalen Beziehungen (Ausrichtung auf friedliche Streitbeilegung, Vorbeugung und Lösung von Konflikten und Bekämpfung ihrer Ursachen mit politischen, wirtschaftlichen und humanitären Maßnahmen und Mitteln); Verzicht auf eine militärische Komponente;

   - Entmilitarisierung und Abrüstung durch den Verzicht auf jegliche militärische Komponente der EU, insbesondere auf den Aufbau einer neuen Militärstruktur im Rahmen der WEU und andere Formen der Militarisierung (Europäische Rüstungsagentur, Eurokorps, Europäische Verteidigungsunion) sowie die Auflösung der WEU mit dem Auslaufen des WEU-Vertrages 1998; durch Vorschläge zur Weiterführung der konventionellen Abrüstung in Europa im Rahmen der OSZE;

   - Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder der „Dritten Welt";

   - Pflege gutnachbarlicher Beziehungen mit den Staaten der Mittelmeerregion und des Nahen Ostens;

6. entschieden zur Revitalisierung der OSZE, zu ihrer Gestaltung als politisches Führungsorgan einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung durch Initiativen im Rahmen der EU wie auch nationale Schritte beizutragen; insbesondere das politische und ökonomische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, damit die OSZE politisch aufgewertet und entsprechend ausgestattet wird, die Ansätze für Konfliktverhütung und friedliche Streitbeilegung ausgebaut werden und die Aufgabenstellung der OSZE erweitert wird, eine völkerrechtlich verbindliche Vertragsgrundlage zustande kommt, nationalstaatliche Souveränitätsrechte an der OSZE übertragen werden und entscheidungsbefugte, de-

mokratisch legitimierte und kontrollierte Organe (OSZE-Parlament, OSZE-Rat, Koordinierungsgremium für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, öffentlicher Rat für gesellschaftliche Mitwirkung u. a.) eingerichtet werden.

Bonn, den 25. September 1995

Andrea Lederer
Gerhard Zwerenz
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Willibald Jacob
Steffen Tippach
Manfred Müller (Berlin)
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

In die Diskussion über eine zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur ist im Zusammenhang mit den französischen Atomwaffenversuchen eine zu höchster Besorgnis Anlaß gebende politische Orientierung hineingetragen worden. Die Regierung Frankreichs spricht davon, die französischen Atomwaffen in eine künftige „europäische Verteidigung" integrieren zu wollen und geht davon aus, daß Kernwaffen auch noch in weiter Zukunft für die „Verteidigung Europas" notwendig seien.

Vertreter der Regierungsparteien der Bundesrepublik Deutschland haben ihrerseits bekundet, daß sich die künftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik auf „nukleare Komponenten" stützen müsse und sprachen in diesem Zusammenhang von „nuklearer Teilhabe". In einer zu schaffenden nuklearen Planungsgruppe soll die Bundesregierung über nukleare Strategien, Doktrinen und Einsatzplanungen mitreden. Eine solche Entwicklung würde nicht nur den bisherigen Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland über den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über ABC-Waffen aufkündigen, sondern auch die Zukunft Europas in eine gefährliche Richtung treiben, indem sie an atomare Waffen gekettet wird. Statt einer notwendigen Entwicklung zu gesamteuropäischen zivilen Strukturen der Sicherheit, für die die OSZE den besten Rahmen abgeben würde, würde sich erneut – vor allem auch gegenüber Rußland und den anderen GUS-Staaten – eine auf nuklearer und konventioneller Hochrüstung beruhende Ordnung gegenseitiger Unsicherheit herausbilden.

Die nukleare Abschreckung ist ein Relikt des Kalten Krieges. Es existiert heute kein Gegner und kein Feind, der mit Atomwaffen in Schach zu halten wäre. Im Gegenteil: Es werden – wie auch der Verweis französischer Politiker auf Rußland zeigt – neue Feindbilder aufgebaut. An der nuklearen Abschreckung festzuhalten bedeutet nichts anderes, als an der Bereitschaft festzuhalten, diese Vernichtungswaffen auch einzusetzen und damit den atomaren Holocaust auszulösen.

Mit den in diesem Antrag vorgeschlagenen Feststellungen des Deutschen Bundestages und Aufträgen an die Regierung soll eine solche Entwicklung gestoppt und eine andere, zivile Ausrichtung europäischer Sicherheit eingeschlagen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sollte als Nicht-Kernwaffenstaat besonders aktiv werden, um ein atomwaffenfreies Europa zu schaffen. Um ein positives Beispiel zu geben, sollte die Bundesregierung die existierende nukleare Teilhabe aufgeben und den Plänen einer deutsch-französischen Atomkooperation eine Absage erteilen.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333